

HILLENBRAND, INC. UND NIEDERLASSUNGEN

Globale Antikorruptions- Grundsatzerklärung und Compliance-Leitfaden

Hillenbrand, Inc. und alle seine Niederlassungen (die gemeinsam als das "Unternehmen" bezeichnet werden), halten sich an Unternehmensrichtlinien, die jegliche Art von Korruption verbieten, darunter auch unsachgemäße und unethische Zahlungen an Personen in beliebigen Ländern der Welt. Zusätzlich zu unseren vorherigen Compliance-Grundsätzen hat das Unternehmen diese Globale Antikorruptions-Grundsatzerklärung und den Compliance-Leitfaden ("die Richtlinien") verabschiedet, deren Fokus auf den Bestimmungen des U.S. Foreign Corrupt Practices Act (in der geänderten Form, "FCPA") und des UK Bribery Act 2010 ("UK Bribery Act") liegt. Unsere Grundsatzerklärung lautet wie folgt:

Keine Führungskraft, kein Mitarbeiter oder Handlungsbevollmächtigter des Unternehmens darf zum Zwecke eines unlauteren Vorteils für das Unternehmen eine Zahlung oder ein Geschenk von Wert einer Person anbieten, versprechen, an diese vornehmen oder dieser vermitteln oder einen Gegenstand von Wert von einer Person annehmen, einschließlich und ohne Beschränkung auf ausländische Regierungsvertreter. Außerdem ist jede Führungskraft, jeder Mitarbeiter und jeder Handlungsbevollmächtigte des Unternehmens verpflichtet, Bücher, Aufzeichnungen und Konten zu pflegen, die alle Transaktionen und jegliche Verfügung über Vermögensteile des Unternehmens genau und fair widerspiegeln.

Diese Richtlinie dient als Zusatz zum Code of Ethical Business Conduct (Code zur ethischen Geschäftsführung, der "Ethikcode") des Unternehmens, auf den hier verwiesen wird. Der Ethikcode enthält Bestimmungen für das Geschäftsgebahren, die denen in dieser Richtlinie ähnlich sind, einschließlich Bestimmungen zu Geschenken, Bestechung, Schriftgutverwaltung und der Einhaltung geltender Gesetze.

Diese Richtlinie gilt für alle Mitarbeiter, Führungskräfte und Handlungsbevollmächtigte (einschließlich Stellvertreter von Drittparteien) des Unternehmens in jedem Land der Welt. Die Einhaltung dieser Richtlinie ist Pflicht. Keine Führungskraft, kein Mitarbeiter oder Handlungsbevollmächtigter des Unternehmens hat das Recht, gegen die Bestimmungen dieser Richtlinie zu verstoßen oder Verstöße seitens anderer Führungskräfte, Mitarbeiter oder Handlungsbevollmächtigter zu genehmigen, anzuregen oder zu willigen.

Zusätzlich zum FCPA und dem UK Bribery Act gibt es internationale Gesetze, die Bestechung und Korruption verbieten und an die sich die Mitarbeiter, Führungskräfte und Handlungsbevollmächtigten des Unternehmens halten müssen. Mitarbeiter, Führungskräfte und Handlungsbevollmächtigte, die international tätig sind, müssen sich dieser Gesetze bewusst sein und sich daran halten und sich immer an die Standards in dieser Richtlinie und dem Ethikcode des Unternehmens halten.

DAS GESETZ U.S. FOREIGN CORRUPT PRACTICES ACT

Anwendung. Das FCPA gilt für alle US-Unternehmen, Handelsgesellschaften und andere geschäftliche Organisationen sowie deren ausländischen Niederlassungen und alle Personen, die in ihrem Namen handeln. Das FCPA gilt auch für alle Personen, die

während eines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten gegen dieses Gesetz verstoßen.

Bestimmungen zu unangemessenen Zahlungen. Das FCPA verbietet jegliche Zahlung oder jegliche Angebote einer Zahlung an einen ausländischen Regierungsvertreter, um von diesem Geschäfte für das Unternehmen oder andere Vorteile zu bekommen oder aufrechtzuerhalten.

Ein "ausländischer Regierungsvertreter" ist jeder Beamte oder Mitarbeiter einer ausländischen Regierung (unabhängig von dessen Rang), Mitarbeiter von regierungseigenen oder -kontrollierten Unternehmen, ausländische politische Parteien, Parteimitglieder, Kandidaten für ein politisches Amt und Mitarbeiter öffentlicher internationaler Organisationen (wie die Vereinten Nationen oder die Weltbank). Falls Zweifel darüber bestehen, ob eine bestimmte Person ein Regierungsvertreter ist, sollte davon ausgegangen werden, dass diese Person zu FCPA-Zwecken ein Regierungsvertreter ist.

"Geschäfte oder andere Vorteile erlangen oder aufrechterhalten" umfasst zum Beispiel Steuernachlässe, Begünstigungen in Bezug auf Vorschriften, das Tolerieren einer Nichteinhaltung örtlich geltender Vorschriften oder andere Gefallen oder Bevorzugungen. Die zu erlangenden oder aufrechtzuerhaltenden Geschäfte müssen nicht unbedingt mit einer ausländischen Regierung oder durch Mitwirkung einer ausländischen Regierung erfolgen, damit das FCPA gilt.

Eine "Zahlung" im Sinne des FCPA wird so ausgelegt, dass sie nicht nur tatsächliche Geldzahlungen umfasst, sondern auch Angebote, Versprechen oder Genehmigungen von Geldzahlungen sowie die tatsächliche Übergabe, das Angebot, das Versprechen oder die Genehmigung etwas von Wert zu geben. "Alles, was Wert hat" umfasst nicht nur Bargeldzahlungen oder bargeldähnliche Zahlungen, sondern auch Geschenke, Einladungen zu Unterhaltung, Reisespesen, Unterkunft und andere Gegenstände von materiellem oder immateriellem Wert.

Das FCPA gilt nicht nur für Zahlungen oder Zahlungsangebote, sondern auch für Handlungen oder Ereignisse, die eine Zahlung an einen ausländischen Regierungsvertreter unterstützen. Auch wenn keine tatsächliche unangemessene Zahlung stattfindet, verstößt allein das Angebot gegen das FCPA. Gleichermassen ist es ein Verstoß gegen das FCPA, Dritte anzuweisen, ihnen zu genehmigen oder zu gestatten, verbotene Zahlungen im Namen des Unternehmens vorzunehmen, oder eine Zahlung zu ratifizieren, nachdem diese vorgenommen wurde oder eine Zahlung an Dritte zu leisten, wenn dem Zahler bekannt ist oder wahrscheinlich bekannt ist, dass es sich beim Zahlungsempfänger um einen Regierungsvertreter handelt.

Anforderungen für die Schriftgutverwaltung. Zusätzlich zu den Bestimmungen bezüglich unsachgemäßer Zahlungen enthält das FCPA auch Bestimmungen zur Schriftgutverwaltung für Unternehmen. Das FCPA fordert, dass ein Unternehmen Bücher, Aufzeichnungen und Konten pflegt, die detailliert sind und genau die Transaktionen und Verfügungen eines Unternehmens widerspiegeln. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, ist es wichtig, dass die Mitarbeiter, Führungskräfte und Handlungsbevollmächtigten des Unternehmens ausführliche und genaue Aufzeichnungen zu allen Transaktionen pflegen, die im Namen des Unternehmens vorgenommen werden. Diese Anforderungen gelten für Transaktionen in jeder beliebigen Höhe, nicht nur Summen, die im finanziellen Sinn als "wesentlich"

gelten. "Aufzeichnungen" umfassen so gut wie alle Formen von Geschäftsdokumentationen, einschließlich Konten, Korrespondenz, Kurzmitteilungen, Kassetten, Disketten, Papiere, Bücher und andere Dokumente oder übertragene Informationen jeglicher Art.

DAS UK BRIBERY ACT 2010

Anwendung. Das UK Bribery Act gilt nicht nur für Bürger, Bewohner und Unternehmen in Großbritannien, sondern auch für alle Unternehmen, die in Großbritannien Geschäfte führen. Ein Unternehmen kann für Verstöße haftbar gemacht werden, die zu seinen Gunsten von einem Mitarbeiter oder einer anderen mit dem Unternehmen verbundenen Person vorgenommen wurden. Unternehmen können auch dann strafrechtlich verfolgt werden, wenn ihnen diese Handlungen nicht bekannt sind. Das UK Bribery Act hat einen großen Einflussbereich, weil eine Person oder ein Unternehmen auch dann für Verstöße strafrechtlich verfolgt werden kann, wenn sich dieser Verstoß außerhalb Großbritanniens zugetragen hat.

Umfang der Verbote. Wie das FCPA verbietet auch das UK Bribery Act unangemessene Zahlungen an ausländische Regierungsvertreter. Das UK Bribery Act hat jedoch einen größeren Einflussbereich als das FCPA, weil es auch Nicht-Regierungsvertretern und anderen juristischen Personen verbietet, Zahlungen anzubieten, vorzunehmen oder zu erhalten, die auf unsachgemäße Art und Weise bestimmte Handlungen auslösen. Außerdem enthält das Gesetz Bestimmungen für Kausalhaftungsverstöße, wenn ein Unternehmen Bestechungen innerhalb seiner eigenen Organisation nicht verhindert. Gemäß diesem Gesetz können Führungskräfte eines Unternehmens zivilrechtlich verfolgt und persönlich bestraft werden, wenn ihnen ein Verstoß nachgewiesen werden kann.

RICHTLINIEN FÜR COMPLIANCE

Verstöße gegen das FCPA, das UK Bribery Act oder andere ähnliche Gesetze zum Korruptionsschutz können für uns alle katastrophale Folgen haben. Verstöße seitens Mitarbeitern, Führungskräften oder Handlungsbevollmächtigten des Unternehmens können Millionen von Dollar an Strafen für das Unternehmen nach sich ziehen und für die den Verstoß begehende Person strafrechtliche Verfolgung, Geldstrafen und Haftstrafen sowie Disziplinarverfahren seitens des Unternehmens, einschließlich der Kündigung, bedeuten. Gemäß dem "UK Bribery Act" können Unternehmen unbegrenzten Geldstrafen und Einzelpersonen Haftstrafen von bis zu zehn Jahren und/oder unbegrenzten Geldstrafen ausgesetzt sein. Geld- und Haftstrafen für Einzelpersonen für diese Arten von Verstößen dürfen generell nicht direkt oder indirekt von dem Unternehmen gezahlt werden, in dessen Namen sie gehandelt haben. Außerdem können tatsächliche oder maßgebliche Verstöße gegen Antikorruptionsgesetze dem Ruf des Unternehmens schaden.

Daher haben wir Richtlinien zur Einhaltung globaler Antikorruptionsgesetze entwickelt. Diese Richtlinien sollen die Einhaltung solcher Gesetze sicherstellen und garantieren, dass wir auch weiterhin unsere internationalen Geschäfte auf eine gesetzliche und ethische Art und Weise führen.

Allgemeine Vorschriften. Die folgenden Vorschriften wurden für alle Mitarbeiter, Führungskräfte und Handlungsbevollmächtigten des Unternehmens aufgestellt:

- Keine Zahlung und kein Geschenk von Wert darf einer anderen Person angeboten, versprochen oder gegeben werden - einschließlich und ohne Beschränkung auf ausländische Regierungsvertreter (unabhängig von deren Rang) - wenn bekannt ist oder eine große Wahrscheinlichkeit besteht, dass die gesamte Zahlung oder das gesamte Geschenk oder ein Teil davon verwendet wird, um dem Unternehmen einen unangemessenen Vorteil zu verschaffen. Bestimmte Mitarbeiter, Führungskräfte und Handlungsbevollmächtigte, die Zahlungen an ausländische Regierungsvertreter vornehmen oder diesen Geschenke übergeben, müssen sich an den Syndikus des Unternehmens wenden, der bestimmte Zahlungen oder Geschenke genehmigen kann. Jegliche solcher ordnungsgemäß genehmigter Zahlungen oder Geschenke oder Ausgaben müssen durch Quittungen, Rechnungen, Schecks, Kontoauszüge oder anderweitig dokumentiert werden.
- Es dürfen keine Zahlungen oder Geschenke von Wert angenommen oder entgegengenommen werden, die nicht den jeweiligen Bestimmungen des Ethikcodes des Unternehmens entsprechen.
- Es müssen jederzeit ausreichende Aufzeichnungen gepflegt werden, um die Einhaltung dieser Richtlinien, des FCPA und des UK Bribery Act im Allgemeinen sowie anderer Richtlinien des Unternehmens zu dokumentieren.

Warnzeichen. Es können sich Situationen ergeben, die auf ein Korruptionsrisiko verweisen. Mitarbeiter, Führungskräfte und Handlungsbevollmächtigte des Unternehmens sollten sich bestimmter "Warnzeichen" besonders bewusst sein; hierbei handelt es sich um Fakten oder Umstände, die signalisieren, dass das Potenzial für einen Verstoß existiert. Der Mitarbeiter, die Führungskraft oder der Handlungsbevollmächtigte, der/die ein solches Warnzeichen beobachtet, muss entweder die Angelegenheit näher untersuchen oder die Rechtsabteilung des Unternehmens darüber informieren. Die nachfolgend aufgeführten Warnzeichen sind lediglich Beispiele von Transaktionen, die auf einen potenziellen Verstoß verweisen können. Mitarbeiter, Führungskräfte und Handlungsbevollmächtigte müssen sich immer der Zeichen bewusst sein, die auf eine "falsche" Transaktion hinweisen.

- *Eine Zahlung, die höher als "normal" ist.* Das können Vermittlungsgebühren, Gebühren für Handlungsbevollmächtigte oder Zahlungen für Güter oder Dienstleistungen sein, die höher als normal oder üblich sind.
- *Zahlungen an Dritte.* Das sind vorgenommene oder geforderte Zahlungen an Personen, Konten oder Länder, die über den normalen Umfang der Transaktion hinausgehen. Es kann vernünftige Erklärungen für derartige Zahlungen geben, aber die Gründe müssen dokumentiert und derartige Zahlungen zuvor genehmigt werden.
- *Bestechungszahlungen.* Diese Zahlungen an ausländische Regierungsvertreter, die auch als Schmiergelder bezeichnet werden, werden nach bestimmten Gesetzen oder in bestimmten Ländern nicht als Bestechung angesehen und sind gemäß dem FCPA und bestimmten anderen internationalen Antikorruptionsgesetzen sogar zulässig. Obwohl diese Zahlungen in einigen Ländern und unter bestimmten Umständen gebräuchlich und legal sind, sind sie gemäß dem UK Bribery Act strengstens untersagt und können in einigen Fällen sogar ein Haftungsrisiko darstellen.
- *Große Bonuszahlungen.* Diese Zahlungen sind an sich nicht illegal, aber große Bonuszahlungen, besonders wenn diese auf Erfolg basieren, müssen gründlich untersucht werden, weil der Empfänger einer solchen Zahlung möglicherweise einen Teil der Bonuszahlung mit einem Regierungsvertreter oder

einer anderen Person teilen möchte, um einen unangemessenen Vorteil für das Unternehmen zu erlangen.

- *Nicht unterstützte Rechnungen.* Rechnungen für gelieferte oder erhaltene Produkte und Dienstleistungen, die "überzogen" oder im Vergleich zu den in Rechnung gestellten oder gezahlten Preisen unsachgemäß dokumentiert sind, können ein Zeichen dafür sein, dass Geld unangemessen abgeschöpft wird. Das kann Rechnungsprüfungsprobleme darstellen und auf ein Korruptionsproblem verweisen.
- *Mangel an Standardrechnungen.* Verkürzte, "kundenspezifische" oder andere Rechnungen, die nicht dem Industriestandard entsprechen, können ein Hinweis darauf sein, dass Zahlungen zu unautorisierten Zwecken versteckt oder verdeckt werden.
- *Ungewöhnliche Kredite an neue Kunden.* Vorauszahlungen, Kreditverlängerungen und Barvorschüsse an neue und unbekannte Kunden müssen vermieden werden. Diese können darauf hinweisen, dass Geld an lokale Beamte oder andere Parteien gegeben wird, bevor eine Bestellung vorgenommen werden kann.
- *Fehlende Empfehlungen.* Der Einsatz oder die Forderung nach dem Einsatz von Consultants oder anderen Parteien, die dem Anschein nach nicht die Fähigkeit haben, die geforderten Dienstleistungen vorzunehmen oder deren Büros oder Gebäude nicht dem Dienstleistungsangebot entsprechen, können ein Zeichen einer unangemessenen Beziehung sein.

SPEZIELLE BERÜCKSICHTIGUNGEN

Parteien und Handlungsbevollmächtigte vor Ort. Die Handlungen Dritter als Handlungsbevollmächtigte oder Stellvertreter eines Unternehmens können gemäß bestimmter Antikorruptionsgesetze Haftungsrisiken darstellen; bei der Anstellung derartiger Handlungsbevollmächtigter oder Stellvertreter sollte mit Vorsicht vorgegangen werden. Vermittler, Kunden, Handlungsbevollmächtigte, Geschäftspartner, Auftragnehmer und Venture-Partner (gemeinsam als "lokale Parteien" bezeichnet) können alle eine Quelle für Korruptionsprobleme sein. Mitarbeiter, Führungskräfte und Handlungsbevollmächtigte des Unternehmens müssen sicher gehen, dass eine solche lokale Partei, die mit dem Unternehmen oder im Namen des Unternehmens Transaktionen ausführt, keine unangemessenen Handlungen vornimmt. Bevor eine bestimmte lokale Partei beauftragt wird, müssen Faktoren wie der Ruf und die Qualifikationen, die Art und Angemessenheit der Vergütung, ggf. die Beziehung zwischen dem Eigentümer und den Mitarbeitern der Partei und einem ausländischen Regierungsvertreter, die Anwesenheit oder Abwesenheit geheimer Partner, die Bereitschaft der Partei, gewisse Zusicherungen in Bezug auf ihr Verhalten zu geben oder bestimmte Beziehungen vollkommen zu offenbaren und die Rechtmäßigkeit der Beziehung gemäß bestimmter Gesetze berücksichtigt werden. Man muss sich auch des Landes/der Länder bewusst sein, in dem/denen die lokale Partei ihre Geschäfte macht, weil es in bestimmten Ländern eine Art Korruptionstradition gibt und diese daher ein höheres Risiko darstellen.

Sobald eine lokale Partei ausgewählt wurde, ist es wichtig, dass das Unternehmen die Aktivitäten dieser lokalen Partei in Bezug auf das Unternehmen und seine Produkte kontrolliert, um die Einhaltung dieser Richtlinie zu gewährleisten.

Staatliche Unternehmen. In vielen Ländern, in denen das Unternehmen Geschäftsbeziehungen unterhält, sind Regierungsvertreter Eigentümer oder Betreiber

von Unternehmen. Das FCPA, das UK Bribery Act und ähnliche Gesetze verbieten legitime geschäftliche Beziehungen mit staatlichen Unternehmen oder Unternehmen, die von einem Regierungsvertreter betrieben werden, nicht, aber es muss darauf geachtet werden, dass geschäftliche Beziehungen mit solchen Unternehmen vermieden werden, wenn sie das Risiko erhöhen, dass geltende Antikorruptionsgesetze umgangen werden.

Beiträge und Spenden. Unangemessene Spenden im Namen eines ausländischen Regierungsvertreters oder anderer interessierter Parteien kann für das Unternehmen und seine Mitarbeiter schwerwiegende Folgen haben. Unter keinen Umständen darf das Unternehmen oder einer seiner Mitarbeiter, Führungskräfte oder Handlungsbevollmächtigten eine Spende oder Beitragszahlung auf Geheiß eines ausländischen Regierungsvertreters oder einer anderen ausländischen Person oder an eine Organisation leisten, die zu einer solchen Person oder einem engen Verwandten Verbindungen hat, ohne vorher die Genehmigung der Rechtsabteilung des Unternehmens einzuholen. Der Ethikcode des Unternehmens enthält zusätzliche Vorschriften und Einschränkungen bezüglich politischer Beitragszahlungen.

VERWALTUNG UND VOLLSTRECKUNG

Die rechtzeitige und vollständige Offenbarung ist immer ein angemessener erster Schritt, um potenzielle Bedenken auszuräumen, die Sie bezüglich eines Themas in diesen Richtlinien haben können. Sollten Sie sich in einer Situation befinden, in der Sie nicht wissen, wie Sie weiter vorgehen sollten, gibt es bei Hillenbrand Inc. und seinen Betreibergesellschaften Ethikausschüsse. Wenn Sie in einer bestimmten Situation Zweifel haben, wenden Sie sich an ein Mitglied des Ethikausschusses, die Rechtsabteilung Ihres Unternehmens oder einen Manager, Vorgesetzten oder einen Stellvertreter der Personalabteilung. Wenn Sie sich eines Vorfalls bewusst sind, der gegen diese Richtlinien verstößt, müssen Sie diesen unverzüglich den zuvor aufgeführten Stellen/Personen melden. Wenn ein solcher Vorfall den Ethikausschuss betrifft, muss die Angelegenheit anderen Mitgliedern des Ausschusses oder dem Chief Executive Officer gemeldet werden. Außerdem steht eine gebührenfreie Ethikcode- und Compliance Help Line zur Verfügung, wenn Sie anonym bleiben wollen (1-833-400-4017).

Mitarbeiter, Führungskräfte oder Handlungsbevollmächtigte, die Fragen zu diesen Richtlinien haben, können sich an die Rechtsabteilung des Unternehmens wenden.

Je nach ihrer Verantwortlichkeit, können Mitarbeiter, Führungskräfte oder Handlungsbevollmächtigte aufgefordert werden, ihr Verständnis und die Einhaltung dieser Richtlinien zu bestätigen. Alle Informationen, die in gutem Glauben in den Zertifizierungsaussagen oder auf andere Art und Weise offenbart werden, werden vertraulich behandelt, außer, wenn diese Aussagen notwendig sind, um die Interessen des Unternehmens zu schützen oder rechtlichen oder behördlichen Anforderungen zu entsprechen.

Diese Richtlinien sollen eine Gelegenheit für Partner schaffen, ihre Bedenken bezüglich Korruption auszudrücken. Alle Bedenken werden untersucht und es werden ggf. Maßnahmen ergriffen. Gegen einen Mitarbeiter, der solche Verstöße oder Anschuldigungen in gutem Glauben berichtet, wird nicht diskriminiert und es werden keine Vergeltungsmaßnahmen gegen ihn ergriffen.